

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Die Mitte Wauwil freut sich, dass Alwin Roos und Tim Kiser mit Glanzresultaten in ihre Ressorts gewählt wurden.

Dieser Erfolg war Dank der breiten Unterstützung durch die Stimmberechtigten möglich. Für die Teilnahme an der Wahl und für die wertvolle Unterstützung danken wir Ihnen ganz herzlich.

Als menschlich und fachlich erfahrene Persönlichkeiten werden sich Alwin Roos und Tim Kiser zusammen mit den weiteren Mitgliedern des Gemeinderates weiterhin für die Anliegen der ganzen Bevölkerung und für die positive Weiterentwicklung unserer Gemeinde einsetzen.

Die Mitte gratuliert allen Gewählten und wünscht ihnen alles Gute, viel Freude und Erfolg in ihren vielfältigen Aufgaben.

Abstimmungen vom 09. Juni 2024

JA zur Kostenbremse-Initiative



Der Anstieg der Krankenkassenprämien nimmt kein Ende und ist nach wie vor die grösste Sorge der Schweizer Bevölkerung. Zu lange haben sich Akteure im Gesundheitswesen wie Kantone, Spitäler, Ärzte, Krankenkassen oder die Pharma-

industrie damit begnügt, sich die Schuld für die explodierenden Kosten gegenseitig zuzuweisen. Mit der Kostenbremse-Initiative zeigt Die Mitte den Weg auf, wie die Prämienexplosion ohne Qualitätsverlust effektiv gedämpft werden kann.

Ungebremstes Prämienwachstum stoppen!

Heute bezahlt eine 4-köpfige Familie pro Jahr bis zu 15'000 Franken allein für Krankenkassenprämien! Mittelstand und Haushalte müssen entlastet werden. Jene, die verantwortungsvoll mit dem System umgehen, bezahlen heute für die Ineffizienz der anderen.

Anreize richtig setzen!

Das heutige System ist krank und strotzt von Fehlanreizen. Die notwendigen Korrekturmassnahmen sind bekannt – werden aber nicht oder nur zögerlich umgesetzt. Wir machen Druck, damit endlich etwas geht.

Alle Beteiligten in die Verantwortung nehmen!

Heute werden Millionen verschwendet. Kassen, Ärzte etc. sind gefordert. Es kann nicht sein, dass das Gesundheitswesen zu einer Selbstbedienungs-Kasse für Leistungserbringer verkommt und die Versicherten für politisch verschuldete Verschwendung und Fehlanreize geradestehen müssen. Die Politik hat bislang versagt – nun muss das Volk direkt Gegensteuer geben.

Abstimmungsparolen Sonntag, 09. Juni 2024

JA zur Kostenbremse-Initiative

NEIN zur Prämien-Entlastungs-Initiative

JA zum Stromgesetz

NEIN zur Volksinitiative
„Für Freiheit und körperliche
Unversehrtheit“

2. Wahlgang Präsidium Controllingkommission

Für das frei gebliebene Präsidium wird am 09. Juni 2024 der 2. Wahlgang durchgeführt.

Agenda 2024

Familien-Picknick

Sonntag, 25. August 2024,
11.00 – 15.00 Uhr, Sport- und
Freizeitanlage Moos

Mitte-Plus und Chargierten- Anlass

Freitag, 18. Oktober 2024,
Ein Dankeschön für unsere
Gönner und Chargierten.

Partei- und Generalversammlung

Mittwoch, 27. November 2024,
19.00 Uhr

Gemeindeversammlung

Dienstag, 10. Dezember 2024,
20 Uhr, Zentrum Linde

Reservieren Sie sich die Termine schon heute. Wir freuen uns auf Sie.

NEIN zur Prämien-Entlastungs-Initiative



Prämienverbilligungen sind ein wichtiges Instrument für den sozialen Ausgleich. Ein einseitiger Ausbau der Prämienverbilligung genügt jedoch nicht. Nur die Kostenbremse-Initiative der Mitte packt das Übel an der Wurzel und bremst nachhaltig die Prämienexplosion im Gesundheitswesen.

Die Delegiertenversammlung unterstützt klar den indirekten Gegenvorschlag zur Prämien-Entlastungs-Initiative. Der Gegenvorschlag verlangt, dass die Kantone die Prämienverbilligung automatisch den erhöhten Gesundheitskosten anpassen. Die Kantone sollen zusätzlich bestimmen, welcher Anteil des verfügbaren Einkommens höchstens für die Prämien bezahlt werden muss. Wird die Initiative abgelehnt und kein Referendum ergriffen, so tritt der Gegenvorschlag in Kraft.

JA zum Stromgesetz



Wir alle brauchen Strom. Eine zuverlässige und bezahlbare Stromversorgung ist die Grundlage für unsere hohe Lebensqualität und unseren Wohlstand. Das Stromgesetz stärkt die Versorgungssicherheit, macht uns weniger abhängig vom Ausland und ermöglicht den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien in Einklang mit Landschaft und Umwelt.

Mehr Strom – aus der Schweiz: Die Schweiz braucht mehr Strom. Nur mit inländischen, erneuerbaren Energien kann der Bedarf rasch gedeckt werden. Eine zuverlässige Stromproduktion ist wichtig für unsere Wirtschaft und Gesellschaft.

Mehr Strom – vor allem im Winter: Das Stromgesetz sieht verbindliche Ausbauziele für die Stromproduktion bis 2035 und 2050 vor. Es sichert die Winterproduktion und fördert dazu den Ausbau der Wasserkraft und von Solar- und Windprojekten von nationaler Bedeutung.

Mehr Strom – und Schutz für Natur Landschaft: Mehr als 80 % der geplanten neuen Projekte werden auf bestehenden Dächern und Fassaden installiert. Die Natur wird also nicht verschandelt. Das Stromgesetz schützt die Natur und verpflichtet die Kantone, Umweltschutzinteressen zu berücksichtigen.

Mehr Strom – zu stabileren Preisen: Das Stromgesetz bringt keine neuen Abgaben. Die Stärkung der inländischen Produktion sorgt dafür, dass teure Notfallmassnahmen ausbleiben und die Konsumentinnen und Konsumenten vor grossen Preisschwankungen geschützt werden.

NEIN zur Volksinitiative «Für Freiheit und Körperliche Unversehrtheit

Die Initiantinnen und Initianten fordern, dass der Staat das Grundrecht auf körperliche und geistige Unversehrtheit nur dann einschränken darf, wenn die betroffene Person zustimmt. Die Mitte Kanton Luzern lehnt die Initiative aus den folgenden Gründen ab:



Die Initiative meint die Impfung, geht aber weit darüber hinaus

- Der Wortlaut der Initiative enthält keinen Bezug zu Impfungen und keine thematische Einschränkung und muss deshalb breiter interpretiert werden.
- Isoliert betrachtet könnte die vorgeschlagene Regelung bedeuten, dass beispielsweise die Polizei keine Verdächtigen mehr festnehmen dürfte, ohne dass die betroffenen Personen zustimmen.

Niemand darf heute in der Schweiz gegen seinen Willen zu einer Impfung gezwungen werden

- Für jede Impfung braucht es die Einwilligung der betroffenen Person.
- Bei der Abstimmung über das Epidemienengesetz im Jahr 2013 hat sich die Stimmbevölkerung klar für die Möglichkeit eines beschränkten Impfbliogatoriums ausgesprochen.